



**Abstimmung vom 29.11.2009**

# **Überraschendes Ja zur Minarett-Initiative**

**Angenommen: Volksinitiative «Gegen den Bau von  
Minaretten»**

Claudio Schwaller

---

**Empfohlene Zitierweise:** Schwaller, Claudio (2019): Überraschendes Ja zur Minarett-Initiative. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch). Abgerufen am [Datum].

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Die Anschläge von islamischen Terroristen seit dem Beginn des Jahrzehnts in den USA und Europa befeuern eine Stimmung des Misstrauens gegenüber dem Islam. Unterdessen werden in der Schweiz der Bau eines Islamischen Zentrums in Bern geplant und Baugesuche für Minarette in drei Gemeinden (Wangen bei Olten, Langenthal und Wil SG) eingereicht. Das sogenannte „Egerkinger Komitee“, welches sich aus Bundesparlamentariern der SVP und EDU zusammensetzt, lanciert in der Folge im Mai 2007 die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“. Im Juli 2008 reicht das Komitee die Initiative mit 113 540 gültigen Unterschriften ein.

Der Bundesrat empfiehlt, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. In seiner Botschaft weist er darauf hin, dass die Initiative im Widerspruch mit zahlreichen in der Verfassung verankerten Grundwerten steht, wie etwa dem Prinzip der Rechtsgleichheit oder der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Er erachte das Verbot der Minarette in der Bundesverfassung nicht nur als unverhältnismässigen Eingriff in zentrale Grundrechte, sondern sehe auch die kantonalen Kompetenzen beschnitten. Ferner könne ein Verbot das Risiko erhöhen, dass die Schweiz in das Fadenkreuz von extremistisch-fundamentalistischen Kreisen geriete. Zudem würde der religiöse Frieden des Landes gefährdet, da sich die Muslime diskriminiert fühlen könnten. Obwohl die Initiative nicht mit verschiedenen international garantierten Menschenrechten – wie der Religionsfreiheit und dem Diskriminierungsverbot – vereinbar ist, befindet der Bundesrat das Begehren für gültig.

Im erstberatenden Nationalrat wird denn auch ein Antrag auf Ungültigkeitserklärung vorgelegt, der jedoch ausserhalb des linken Lagers keinen Zuspruch findet. Die Kommissionmehrheit folgt der Argumentation des Bundesrats und empfiehlt dem Nationalrat, die Initiative abzulehnen. Eine Minderheit Hutter (SVP, SG) bringt vor, dass Minarette für einen religiös-politischen Machtanspruch des Islams stünden und deshalb zu verbieten seien, weswegen sie auf Annahme plädiere. In der Schlussabstimmung spricht sich der Nationalrat mit 132 zu 51 Stimmen für die Ablehnung der Initiative aus. Für Annahme stimmt die SVP-Fraktion.

Auch dem Ständerat liegt ein Antrag auf Ungültigkeitserklärung vor, der jedoch mit Zweidrittelmehrheit ebenfalls abgelehnt wird. Mit 36 zu 3 Stimmen empfiehlt die kleine Kammer die Initiative in der Folge deutlich zur Ablehnung.

## GEGENSTAND

Die Initiative will per Verfassungsartikel den Bau von Minaretten verbieten.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Für die Initiative spricht sich neben der SVP und EDU nur noch die SD, die FPS und die Lega aus. Die Kampagne der Befürworter ist vom provokanten Stil der SVP und deren Plakaten geprägt, was schliesslich zu einer Diskussion über die Zulässigkeit solcher Kampagnen und die Meinungsfreiheit führt.

Die Nein-Parole wird neben den restlichen Parteien auch von der Economiesuisse, den Gewerkschaften und den Kirchen ergriffen. Die Gegner zeigen sich im Gegensatz zu den Befürwortern kaum präsent im Abstimmungskampf.

Die Vorumfragen deuten auf eine Ablehnung des Volksbegehrens hin.

## ERGEBNIS

Mit 57,5% Ja-Stimmenanteil nimmt das Stimmvolk am 29. November 2009 die Volksinitiative überraschend und deutlich an. Nur vier Kantone lehnen das Begehren ab (Genf, Waadt, Neuenburg, Basel-Stadt). Am meisten Zustimmung findet die Vorlage in der Zentral- und Ostschweiz, wo sie in einigen Kantonen über 65% Ja-Stimmen erreicht. Das Abstimmungsergebnis wird im Ausland und von internationalen Organisationen breit und überwiegend negativ kommentiert.

Bei der Analyse des Stimmverhaltens (Hirter/Vatter 2010) zeigt sich ein klarer Links-Rechts-Graben. Während die Linke die Initiative mit über 80% verwarf, stimmte die Rechte ihr fast ebenso klar zu. Entscheidend war deshalb die politische Mitte. Die Lager der FDP und CVP sprachen sich mit 60% respektive 54% entgegen der Parteiparolen für die Initiative aus. Das Abstimmungsergebnis lässt sich nicht allein mit Fremdenfeindlichkeit erklären, denn selbst Stimmende, welche sich für eine weltoffene und moderne Schweiz einsetzten, stimmten dem Minarettverbot mit 40% zu. Stimmende mit hohem Bildungsstand stimmten eher gegen die Vorlage. Christen unterstützten das Begehren mit rund 60%, während konfessionslose Personen es überwiegend ablehnten.

## QUELLEN

Benteli, Marianne, Marlène Gerber und Suzanne Schär (2017). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“, 2007-2011*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 19.8.2017.

Hirter, Hans, und Adrian Vatter (2010). *VOX 101. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 2009*. Bern: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Medien: Swissinfo vom 3.5.2007.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 29.11.2009 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 08.061).

Bundesblatt: BBl 2008 7603.